

Mehr Wohnungen in der Berliner Straße

Der Dillinger Stadtrat hat in seiner jüngsten Sitzung ein großes Wohnbaukonzept in der Berliner Straße beschlossen. Der Beschluss war einstimmig.



Blickrichtung Mannheimer Straße: Auf dieser Teilfläche nordwestlich der Berliner Straße sollen bis 2025 75 neue Wohnungen entstehen. Dazu gehört auch noch die Fläche der ehemaligen Kiesgrube die nach Südwesten hin zum Leipziger Ring abfällt.

FOTO: JÖRG O. LAUX

VON JÖRG LAUX

DILLINGEN | Mit einem einstimmigen Beschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Neues Wohnen Berliner Straße“ im beschleunigten Verfahren hat der Dillinger Stadtrat „ein großes wohnungsbaupolitisches Konzept“, so Bürgermeister Franz-Josef Berg, auf den Weg gebracht.

Wie der Verwaltungschef weiter ausführte, seien am Leipziger Ring bis dato 24 Wohnungen für rund 4,1

Millionen Euro grundlegend saniert worden. 2019 wurden außerdem in der Berliner Straße durch die stadteigene Bau- und Siedlungsgesellschaft zehn Sozialwohnungen geschaffen. Derzeit, berichtet Berg weiter, sei die Gesellschaft ebenfalls dabei in der De-francestraße insgesamt 21 Sozialwohnungen zu bauen. Dies zeige, dass die Stadt im sozialen Wohnungsbau sehr aktiv sei.

Das Projekt „Neues Wohnen Berliner Straße“ betrifft stadteigene Fläche an der Berliner Straße zwischen dem Leipziger Ring und der Wohnbebauung in der Verlängerung der Mannheimer Straße. Insbesondere geht es dabei um ein Grundstück von 8500 Quadratmetern Fläche. Dabei handelt es sich, erklärt Berg weiter, um eine ehemalige Kiesgrube, die in den 70er Jahren vor allem mit Bauschutt verfüllt worden sei. Dabei sei es Ziel der Stadt gewesen, für die Fläche einen Investor zu finden, der die Fläche aufkauft und ein bestmögliches Baukonzept dazu umsetzen sollte. Im März 2021 habe sich der Stadtrat dafür entschieden, das Konzept der Wohnungsgesellschaft Woge Saar weiterzuverfolgen. Nach einigen Überarbeitungen hatte der Stadtrat im Dezember 2021 den Grundsatzbeschluss gefasst, das Projekt mit der Woge zu realisieren.

Das Konzept der Woge sehe den Bau von sechs Wohngebäuden mit 75 Wohnungen zwischen 40 und 100 Quadratmetern vor. Dabei sei die Höhe der Gebäude zwischen zwei und drei Vollgeschossen gestaffelt, derart, dass im oberen Bereich zwei Geschosse geplant sind und erst im Verlauf des unteren Hanges auf drei Geschosse in der Tiefe gegangen wird.

Damit sei, fährt Berg fort, ein harmonischer Übergang mit der vorhandenen Bebauung gewährleistet. Darüber hinaus ist eine Grünzone in Form eines klei-

nen Parks vorgesehen, weitere begrünte Freiflächen, eine Tiefgarage und ein Kinderspielplatz. Zehn Prozent der Wohnungen sollen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus eine Mietpreisbindung haben.

Aufgabe der Verwaltung sei es nun, einen entsprechenden Bebauungsplan aufzustellen, der im Herbst 2022 als Satzung beschlossen werden soll. Der Baubeginn, so Bürgermeister Berg, könnte dann 2023 erfolgen. Bezugsfertig könnten die Wohnungen dann 2025 werden. Immer vorausgesetzt, es kommt nicht zu Lieferengpässen oder sonstigen Problemen im Baugeschäft. Dem entsprechend fasste der Rat einstimmig den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan.

Wie Dagmar Heib für die CDU-Fraktion feststellte, werde mit dem neuen Wohnraum eine große Lücke geschlossen. Der zehnpromtente Anteil an Sozialwohnungen mit gebundenen Mieten sei der CDU wichtig gewesen. „Es war der CDU äußerst wichtig, dass das Bauvorhaben auch im Einklang mit den Anwohnern umgesetzt wird, und ich hoffe, dass das, was der Stadtrat als Lösungsmöglichkeit sieht, auch von den betroffenen Nachbarn so gesehen wird“, erklärt die Fraktionsvorsitzende weiter. Für die SPD stellte Andreas Kleber ebenfalls fest, dass es sich bei dem Projekt um einen sinnvollen Lückenschluss handele. Dabei kritisierte er – ebenso wie Sascha Sprötge für Die Linke –, dass es gerne mehr Wohnungen mit Mietpreisbindung hätten sein dürfen: „Da hätten wir gerne etwas mehr gehabt, aber man muss auch Rücksicht auf den Investor nehmen.“ Das Projekt sei ein wichtiger Einstieg in die Zukunft, der weiteren Wohnungsdruck von der Stadt nehme. Er hoffe, dass nun auch für die „Baustellen“ am Leipziger Ring ein Investor gefunden werde. Handele es sich – auch mit Blick auf den neu entstehenden Kindergarten Maria

Trost – um ein schlüssiges Konzept. Im Anschluss an die Aussprache wies Bürgermeister Berg noch darauf hin, dass im weiteren Verfahren selbstverständlich die Öffentlichkeit beteiligt werde und entsprechende Stellungnahmen abgegeben werden können.

Im Bereich Leipziger Ring versuche die Stadt weiter, Investoren zu finden, sie sei aber auch selbst in diesem Bereich gefordert.



Blickrichtung Leipziger Ring: Das Teilstück der ehemaligen Kiesgrube (im Hintergrund sieht man Teile des Wohnblocks Leipziger Ring) ist inzwischen komplett mit Bäumen zugewuchert. Hier sollen bis hinauf zur Mannheimer Straße bis 2025 neue Wohnungen entstehen.

O. Laux

